



Rede zum
1. MAI 2023
„Ungebrochen solidarisch“

Jörg Hofmann,
Erster Vorsitzender der IG Metall

Berlin, 1. Mai 2023

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Nele,

„Ungebrochen solidarisch“ ist das Motto des 1. Mai 2023. Ungebrochen solidarisch: Das ist das Leitbild unseres Handelns, unseres Engagements als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und dies jeden Tag. Der 1. Mai, der Kampftag der internationalen Gewerkschaftsbewegung ist daher unser Feiertag. Ein Feiertag unseres Eintretens für die arbeitenden Menschen dieses Landes.

Wir stellen uns gegen jegliche Form von Ausbeutung und Ausgrenzung!

Tag für Tag!

Wir kämpfen gemeinsam für die Rechte der Beschäftigten!

Tag für Tag!

Wir treten ein für gute Arbeit und für ein gutes Leben!

Tag für Tag!

Wir streiten für eine **gerechte Verteilung des Wohlstands!**

Tag für Tag!

Ungebrochen solidarisch – das ist kein leeres Wort, das ist das Herz unseres Handelns, das Herz, das in der internationalen Gewerkschaftsbewegung für gesellschaftlichen Fortschritt schlägt, das für Demokratie, Freiheit und Frieden schlägt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind seit mittlerweile über einem Jahr mit einem brutalen und mit unermesslichem Leid verbundenen **Krieg in Europa** konfrontiert.

Schluss mit dem Krieg in der Ukraine!

Schluss auch mit allen anderen Kriegen auf dieser Welt!

Nie wieder Krieg!

Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben eine klare Richtschnur – die lautet: Frieden und Abrüstung, Völkerverständigung, Anerkennung der Grenzen in Europa und auch sonst in der Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch dies gilt: Die Bedingungen für einen Frieden mögen auf dem Schlachtfeld gefunden werden. Doch noch nie wurde Frieden auf dem Schlachtfeld gefunden.

Und daher ist vor allem eines geboten: **Diplomatische Bemühungen.**

Aber mit einer klaren Richtschnur. Wir dulden keinen Angriff auf das Wertegerüst **von Freiheit, Demokratie, Selbstbestimmung und Rechtstaatlichkeit** in Europa.

Wir können und dürfen nicht akzeptieren, dass ein imperialer aggressiver Angriff auf ein souveränes Land, mitten in Europa, die Friedensordnung zerstört, die uns nun über 75 Jahre Frieden in Europa weitgehend sicherte. Dies schließt ein, dass wir die Ukraine auch in ihrer Verteidigungsfähigkeit unterstützen.

Unsere ungebrochene Solidarität gehört den Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen, die unermessliches Leid erdulden, die zu Millionen aus ihrer Heimat flüchten mussten.

Sie sind die Opfer, denen unsere Solidarität gilt, auch hier in Berlin. Wenn der Krieg seine hässliche Fratze zeigt, ist menschliche Solidarität, Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge – ob aus der Ukraine oder aus anderen Krisenregionen – umso wichtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die Krisen der Zeit fordern uns und haben uns immens gefordert. Die Erfahrung aber zeigt, dass wir aus Krisen oft gestärkt hervorgingen. Das funktioniert aber nie alleine, sondern nur gemeinsam, **ungebrochen solidarisch** eben.

Wer kann von sich behaupten, immer nach vorne zu schauen, nicht auch einmal zu resignieren. Wer verzweifelt nicht an Unrecht und Gewalt, die stärker ist als das Wollen nach Gerechtigkeit, Toleranz und friedliches Miteinander.

Gegen Resignation und Zweifel, da hilft: das kollegiale Unterhaken, die Sicherheit der Gemeinschaft, die Kraft der Solidarität. Dass wir uns nicht unterkriegen lassen, zeigen die bleiernen Corona-Jahre.

Da war das Unterhaken, sich als Gemeinschaft zu sehen, einer schweren Belastungsprobe unterworfen – wir haben sie gemeistert.

Die Gewerkschaften haben auch in der Zeit **viel für die Menschen, für die Beschäftigten, für die Mitglieder erreicht** – und dies trotz der massiven Einschränkungen, die die Pandemie auch für unsere Arbeit mit sich brachte:

In dieser Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben sich die **Gewerkschaften als Stabilitätsfaktor** in diesem Land bewährt.

Wir haben es geschafft, die Corona-Krise – die in einzelnen Branchen tiefste Krise der Nachkriegszeit – ohne Massenarbeitslosigkeit zu überstehen, und zwar mit den **Mitteln des aktiven Sozialstaates, mit Flächentarifen und einer funktionierenden Sozialpartnerschaft dank starker Gewerkschaften**.

Ein handlungsfähiger Sozialstaat, starke Gewerkschaften und hohe Tarifbindung – das sind die Voraussetzungen, dass die multiplen Krisen, denen wir ausgesetzt waren und sind, nicht in Massenarbeitslosigkeit und einer deutlichen Verschlechterung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen mündeten.

Im Gegenteil:

Wir kommen mit kräftigem Schwung aus diesen Jahren.

Die **Beteiligung an den Warnstreiks** in den zurückliegenden beziehungsweise gerade zu Ende gegangenen Tarifrunden war **großartig**. Vielerorts konnten Rekordbeteiligungen verzeichnet werden. Die Beschäftigten sind froh, endlich wieder Seite an Seite für ihre Interessen eintreten zu können. **Solidarität braucht Nähe!**

Und das zeigt: Die Menschen brennen für ihre Ziele. Es macht wütend, wenn die Corona-Krise und die Energie-Krise viele Haushalte an den Rand ihrer Existenz trieb, während Konzerne Milliarden Gewinne ausschütteten und die Zahl der Milliardäre in diesem Land sich nahezu verdoppelte.

Über 900.000 Beschäftigte haben im Herbst 2022 in der **Tarifbewegung der Metall- und Elektroindustrie** unsere solidarische Kraft eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Schon im Juni erhöhen sich die Entgelte dort in einem ersten Schritt um 5,2 Prozent, insgesamt um 8,5 Prozent in der Tabelle plus 3000 Euro brutto gleich netto.

Ein Beispiel für viele.

In den Tarifrunden war und ist gehörig Druck auf dem Kessel. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei der Deutschen Post, im Kfz-Handwerk und in der Textilindustrie West haben echt Druck im Kessel gemacht – Druck, der zu guten Ergebnissen führte.

Nun stehen wir solidarisch an der Seite unserer KollegInnen bei der EVG, dass es auch euch gelingt, den Arbeitgeber Bahn ein ordentliches Ergebnis abzuringen.

Es ist klasse, was ihr da in den zurückliegenden Wochen und Monaten abgeliefert habt und was ausgehandelt wurde.

Kräftige Lohn- und Gehaltszuwächse sind das beste Mittel gegen steigende Lebenshaltungskosten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Stabile Beschäftigung, Einkommenssteigerungen und staatliche Entlastungspakete sind aber auch der Schlüssel, dass wir trotz der enormen Krisenlage rings um uns positiv in das Jahr 2023 schauen können.

Das ist unsere Leistung, das ist Verdienst der Gewerkschaften. Dieser Applaus gehört Euch! Und dieser Applaus gehört auch den Zehntausenden neuen Mitgliedern, die in den Tarifrunden seit Jahresbeginn zu unserer Gewerkschaftsbewegung gestoßen sind. Und auch das ist gut so.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Und an dieser Stelle möchte ich eines klipp und klar sagen: **Wir werden keine Einschränkung des Streikrechts dulden!** Punkt. Aus. Ende.

Da gibt es auch überhaupt nichts zu diskutieren; das muss auch den verbohrtesten Arbeitgeber erreichen. BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter zum Beispiel sagte im Februar nach Warnstreiks an den Flughäfen: „Fluggesellschaften und Passagiere wurden für überzogene Streikziele in Geiselhaft genommen.“

Geht's noch?

Wer das Streikrecht der Gewerkschaften, diesen Grundpfeiler der Demokratie, antasten will, gefährdet den sozialen Frieden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie hat es doch einmal das Bundesarbeitsgericht sehr treffend formuliert: „Tarifautonomie ohne Streikrecht ist nichts Anderes als ‚kollektives Betteln‘“.

Ich sage Euch allen: **Streiken ist unser Recht! Und wir nutzen es!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist doch sonnenklar: **Gute Arbeitsbedingungen sichern Fachkräfte**. Und der Arbeitsmarkt hat sich zweifellos verändert.

Leider müssen wir dies den Arbeitgebern immer und immer wieder eintrichtern, sonst verstehen sie es offenkundig einfach nicht.

Ein Beispiel: 300.000 Pflegekräfte könnten sich vorstellen, in ihren Beruf zurückzukehren – wenn sich denn endlich die Bedingungen deutlich verbessern würden. Sie werden dringend gebraucht.

Worauf es jetzt ankommt, nicht nur für die Pflegekräfte: **Gesellschaftliche Anerkennung, gute Lohn- und Arbeitsbedingungen** und eine **gute Vereinbarkeit von Arbeit und Familie**, um die immensen Belastungen – körperlich wie psychisch – auszugleichen.

Auch das Handwerk klagt schon lange über fehlende Arbeitskräfte. Wer einen Elektriker oder Klempner braucht, weiß, wovon ich rede.

Deshalb kommt unser Abschluss im Kfz-Handwerk mit kräftigem Entgeltplus und Inflationsausgleichsprämie zur richtigen Zeit.

Aber auch viele Industriebetriebe, viele Dienstleister suchen händeringend. Wie viele Restaurants haben geschlossen, weil sie angeblich keine Leute kriegen? Klagen ist das eine, handeln das andere.

Es ist ein Skandal, dass Jahr für Jahr Zehntausende ohne Perspektive auf Ausbildung oder Studium die Schulen verlassen. Das 25 Prozent der Auszubildenden ihre Berufsausbildung abbrechen, ohne dass sich einer darum kümmert. Wir brauchen mehr sozialpädagogische Unterstützung in der Ausbildung.

Dass in einzelnen Studiengängen wir eine Abbrecherquote von 50 Prozent haben – auch weil es keine ausreichende Berufsberatung an den Schulen gibt.

Die Folge ist: Jedes Jahr landen Hunderttausende von Jugendlichen in prekären Hilfsjobs.

Geht so ein Land um mit seiner Jugend, angesichts des frappierenden Fachkräftemangels?

Das komplett unterfinanzierte Bildungssystem ist ein Hemmschuh, das Fachkräftepotential zu heben, das wir haben. Wir brauchen endlich die Investitionen in Bildung und berufliche Ausbildung, die notwendig sind, diese Missstände zu beheben. Aber vor allem auch Handeln aller – nicht zuletzt der Arbeitgeber, die immer noch nicht ausbilden.

Wer nicht ausbildet, muss zahlen, Kolleginnen und Kollegen. Das Land Bremen hat dies nun umgesetzt. Wann kommt dies in Berlin?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Deutschland hat europaweit eine der höchsten Teilzeitquoten. Über 11 Millionen Beschäftigte, vor allem Frauen, arbeiten in Teilzeit. Nicht weil sie es wollen, sondern wie wir immer noch keine garantierte Ganztagesbetreuung real haben. Sie würden alle gerne mehr arbeiten, sind aber in ihren Teilzeitverträgen gefangen.

Als Gewerkschaften kämpfen wir für **Arbeitszeiten, die zum Leben passen**.

Ein Beispiel: Es wird derzeit reichlich zur **Viertagewoche** diskutiert, einige Unternehmen haben damit gute Erfahrungen gemacht. Wir wollen diese gesellschaftliche **Debatte führen und anführen** – im Besonderen mit Blick auf die Tarifrunde 2023 in der Stahlindustrie.

Ich bin der festen Überzeugung, dass ein voller Lohnausgleich bei kürzerer Arbeitszeit für die Unternehmen tragbar ist, auch weil die Produktivität steigt. Auch bei Arbeit mit hoher physischer Belastung.

Wenn die Beschäftigten gesünder sind und nicht – wie heute oftmals – krankheitsbedingt frühzeitig aus dem Job ausscheiden, wenn mehr Menschen in Vollzeit arbeiten, weil die 4-Tage-Woche es ermöglicht, statt in Teilzeit: Dann sorgen wir dafür, dass wir in Deutschland unterm Strich mehr Arbeitskräfte haben.

Arbeitgeberchef Kampeter bejammert, die Menschen hätten keinen Bock auf Arbeit mehr. Ich sage, ich habe keinen Bock auf dieses Arbeitgebergequatsche. Die Menschen haben Bock auf Arbeit, aber gute Arbeit – und die finden sie nicht in einer Arbeitswelt, wo der schnelle Profit immer noch den Takt gibt, wenn wir nicht dagegenhalten.

Und wir müssen dies. Auch weil wir hunderttausende Fachkräfte mehr brauchen für eine erfolgreiche Mobilitäts- und Energiewende.

Und die brauchen wir, um mit aller Dringlichkeit die Pariser Klimaziele zu erreichen.

Wir wollen als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diesen Wandel gestalten. Denn nur mit uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird es ein **fairer Wandel** werden.

Wir treten als IG Metall ein für ein industrielles Entwicklungsmodell, das sozial und ökologisch nachhaltig ist, das wirtschaftlichen Wohlstand, gute und sichere Arbeit und eine lebenswerte Umwelt verbindet.

Und dies ganz konkret. Vor Ort.

Ein Beispiel dafür ist der Erhalt des Mercedes-Benz-Werkes in Berlin-Marienfelde. Der Vorstand hatte im Herbst 2020 bekanntgegeben, nicht mehr in das Motorenwerk investieren zu wollen. **Doch nicht mit uns!**

Beschäftigte, Betriebsrat und IG Metall haben den Widerstand gegen diese Pläne organisiert und gleichzeitig mit Wirtschaftsexperten ein tragfähiges Alternativkonzept ausgearbeitet.

Diese Mischung aus Konflikt und Konzept im Zusammenspiel mit einer gut organisierten Belegschaft und einer aktiven Kommunikation in Richtung Politik und Medien hat eine große Wucht erzeugt – und für eine positive Veränderung gesorgt:

In nur 14 Monaten ist es gelungen, die drohende Standortschließung in eine Zukunft für das Werk zu verwandeln. Das Berliner Werk wird zum Mercedes-Benz Digital Factory Campus und zu einem Kompetenzzentrum für Elektromotoren, in dem darüber hinaus elektrische Hochleistungsmotoren gefertigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
dieses Beispiel bestärkt uns – auch an anderen Industriestandorten, in anderen Regionen – keine Ruhe zu geben, bis wir für unsere Arbeitsplätze Sicherheit und Perspektiven haben!

Es geht um einen grundlegenden und unumkehrbaren Wandel in dem, was wir produzieren und wie wir produzieren.

Es geht um die Zukunft unserer Arbeit!

Wir fordern daher eine aktive Industrie- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung, die die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft stellt.

Ein zentrales Handlungsfeld ist hier die Möglichkeit angesichts des enormen Strukturwandels, sich auch neu beruflich aufstellen zu können, die Spur zu wechseln.

Hier hat Hubertus Heil mit dem jetzt vorgeschlagenen Qualifizierungsgeld einen wichtigen weiteren Impuls gesetzt. Aber er ist noch zu zögerlich. So sollen Umschulungen zu Fachspezialisten oder anderen Berufsabschlüssen nicht gefördert werden.

Wir brauchen aber arbeitsmarktfähige Abschlüsse, sollen die Beschäftigten nachhaltige Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben.

Wir brauchen das Recht auf eine zweite Berufsausbildung, auch mit der materiellen Ausstattung, dass sich das jeder leisten kann, der schon im Arbeitsleben steht.

Es kann nicht sein, dass hunderte Milliarden an Unternehmenssubventionen fließen, wenn es um die Transformation der Beschäftigten geht, aber nun kein Geld da ist. Menschen mitzunehmen in der Transformation, ist so wichtig wie neue Produkte und Prozesse zu schaffen. Nein: Menschen mitzunehmen ist wichtiger, weil ohne sie geht es nicht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Preisschocks bei Strom und Gas zeigen, warum die Energie- und Wärmewende so wichtig ist. **Wir brauchen einen massiven Ausbau der Erneuerbare Energien**, auch um Deutschland ein Stück weit unabhängiger von den Energie-Weltmärkten zu machen.

Eine absolute Frechheit ist es in diesem Zusammenhang, dass Klatschblätter aufs Übelste Stimmung gegen den Austausch alter Heizungen machen und die Wärmepumpe zum Feindbild erkoren haben.

Bleiben wir bei den Fakten: Auf Gebäude entfallen rund 35 Prozent des Energieverbrauchs in Deutschland. Dem Klima zuliebe müssen wir hier dringend ansetzen – durch **energetische Gebäudesanierung und die nicht-fossile Wärmegewinnung**.

Das kann und darf aber nicht zu einer Überforderung von Mietern und Privateigentümern von Bestandswohnungen führen. Wenn die Wärmewende Haushalte in die existentielle Not treibt, bricht der gesellschaftliche Konsens zur Klimapolitik. Es ist richtig, hier auf ausreichende Förderung beim Austausch von Heizanlagen und nicht auf ein schnelles Verbot zu setzen.

Dies gilt hier wie bei anderen Fragen der Klimapolitik: Sozial und ökologisch muss Hand in Hand gehen, sonst bricht die gesellschaftlich breite Unterstützung.

Das gilt auch bei der Abfederung der Belastungen aus der Energiekrise.

Ohne den Druck der Gewerkschaften hätte es viele Hilfen wie die Strom- und Gaspreisbremse, die die Politik in der Energiepreiskrise angekündigt oder umgesetzt hat, nicht gegeben:

Denn es sind gerade kleine und mittlere Einkommen, die die Energiepreisexplosion am härtesten traf, während nicht wenige Konzerne riesige Gewinne einfahren und Dividenden ausschütten konnten.

Shell zum Beispiel hat seinen Gewinn 2022 dank der immens hohen Öl- und Gaspreise nahezu verdoppelt – auf sage und schreibe rund **36 Milliarden Euro**. Diese Gewinne gehören abgeschöpft. Was wir brauchen, ist eine Profitbremse, die auch bei internationalen Konzernen wirkt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Was wir wollen, ist mehr Verteilungsgerechtigkeit in diesem Land! Die notwendigen Milliarden Investitionen der Transformation müssen durch die getragen werden, die Milliarden an Gewinnen und Vermögen ausweisen.

Es kann nicht sein, dass die Zahl der Milliardäre in diesem Land Jahr für Jahr weiter steigt, ohne dass sie einen leistungsgerechten Beitrag für die Zukunft dieses Landes leisten. Eigentum verpflichtet – und dies gilt es einzufordern. Wir brauchen endlich eine wirksame Vermögens- und Erbschaftssteuer!

1. Mai 1933

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

An jedem 1. Mai wird uns auch schmerzlich bewusst: Im Jahr 1933 folgte dem „Tag der Arbeit“ das **dunkelste Kapitel in der Geschichte der freien Gewerkschaften**. Am 2. Mai

stürmten Nationalsozialisten im ganzen Land Gewerkschaftshäuser, Büros und Wohnungen. Gewerkschafter, die sich der Gleichschaltung widersetzen, wurden verschleppt und gefoltert. Dieser schmerzliche Tag jährt sich morgen zum 90. Mal.

Die DGB-Gewerkschaften haben aus der nationalsozialistischen Verfolgung und Unterdrückung die Lehre der Einheitsgewerkschaft gezogen. **Nichts darf uns spalten und schwächen!**

Das gilt bis heute und spiegelt sich auch im Motto des diesjährigen 1. Mai wider: **„Ungebrochen solidarisch“**.

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, handeln **ungebrochen solidarisch**: gegen Nazis und Faschisten, gegen Rechtsextremismus in diesem Land. Gegen Rassismus. Gegen Intoleranz und Ausgrenzung.

Unser Einsatz ist entscheidend – gegen gezielte Desinformation und Verschwörungserzählungen. Unser Einsatz ist entscheidend – für eine starke Demokratie.

Lasst uns auch weiterhin gemeinsam streiten:

für eine offene und tolerante Gesellschaft,
für soziale Gerechtigkeit,
für sichere und gute Arbeit,
für eine stärkere Tarifbindung und Mitbestimmung.

Unsere Macht ist die ungebrochene Solidarität!

Nutzen wir sie auch weiterhin!

Hier in Berlin und anderswo.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen.